

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung gegen die Stimmen der FDP-Kreistagsfraktion und bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe im Kreistag DIE LINKE im Kreisausschuss am 17.03.2014. In der heutigen Tischvorlage sei das, was der Kreisausschuss dem Kreistag ergänzend zur Beschlussfassung empfohlen habe, nochmals dargestellt. Hier gehe es darum, dass die weiteren Konzeptionen in den Fachausschüssen beraten, dass Städte und Gemeinden weiterhin intensiv an der Bearbeitung beteiligt würden und dass in drei Jahren eine Evaluation stattfinde, um zu prüfen, ob und wie die Aufgaben weiterhin wahrgenommen werden sollten, auch im Hinblick auf die weitere Finanzierung.

Abg. Dr. Lamberty begründete noch einmal die Ablehnung durch die FDP-Kreistagsfraktion im Kreisausschuss am 17.03.2014. So habe man nichts gegen gute Vorschläge zur Verbesserung der Integration von Migranten. Es stelle sich aber die Frage, inwieweit mit dem Kommunalen Integrationszentrum ein Mehrwert für den Kreis und seine Kommunen verbunden sei. Seine Fraktion habe diesen Mehrwert aus der Vorlage nicht erkennen können. Aus gleichem Grunde stehe die Mehrheit der Bürgermeister dem ablehnend gegenüber. Er habe nach der Sitzung des Kreisausschusses am 17.03.2014 noch einmal Kontakt mit Herrn Bürgermeister Raetz als dem Sprecher der Bürgermeister aufgenommen. Dieser habe ihm nochmals bestätigt, dass sich 16 Bürgermeister dagegen und nur 3 mit Einschränkungen dafür ausgesprochen hätten, nachdem ursprünglich alle dagegen gewesen seien. Wenn aber 16 Bürgermeister dagegen seien, könne von einem abgestimmten Integrationskonzept keine Rede sein. Soweit aber für die Antragstellung ein mit den Kommunen abgestimmtes Integrationskonzept vorliegen müsse, so fehle hier eine wesentliche Grundlage für die Antragstellung.

Abg. Nöthen stellte fest, dass man hier über eine freiwillige Leistung beschliesse, die anschließend auf die Kommunen umgelegt werde. Er wies zudem auf die gute Integrationsarbeit, die in den Kommunen geleistet werde, hin. Auch die Kirchen leisteten hier wertvolle Arbeit; hier gebe es viele Gruppen, die sich dort engagierten. Deshalb sehe er für seine Gruppe derzeit keine Möglichkeit, dem zuzustimmen. Es wäre schön, wenn zunächst einmal die Hauptgemeindefunktionäre und die Verwaltung hierüber Einigkeit erzielen könnten. Dann fiele die Entscheidung leichter.

Der Landrat machte deutlich, dass nicht nur auf der Ebene der Städte und Gemeinden, sondern auch auf Kreisebene, hier gute Arbeit geleistet werde. Beispielhaft nannte er hier die kurdische Gemeinschaft sowie die Integrationszentren des Diakonischen Werks und des Caritasverbandes.